

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

## Unsere Generalversammlung

Hat am Freitag, den 23. November, nach arbeitsreicher Thätigkeit ihren Abschluß gefunden. Die Delegirten waren davon überzeugt, daß es hauptsächlich dem Bureau zuzuschreiben ist, die reichhaltige Tagesordnung in all ihren Punkten zu erledigen. Ein gut Theil trug mit dazu bei, daß eine Statutenberathungskommission gewählt wurde, welche die zahlreichen Statutenänderungsanträge gründlich behandelte und das Ergebniß der Generalversammlung unterbreitete. Es war vorauszusehen, daß es nicht leicht ist, all diese wichtigen Punkte der Tagesordnung zu lösen, da die Delegirtenzahl eine ziemlich hohe war; aber auch wir sahen uns in dem Vertrauen, welches wir den Delegirten entgegenbrachten, nicht enttäuscht. Alle Vertreter waren von dem Gedanken durchdrungen, für den *U s b a u n i s c h e r Vereinigung alle Kräfte einzusehen, mit den noch in manchen Köpfen vorherrschenden Ansichten gründlich aufzuräumen und eine Bahn zu eröffnen, nach welcher sich unsere Organisation achtunggebietend entfalten kann.* Mag auch hier und da bei einzelnen Delegirten durch die Macht der Gewohnheit in einzelnen Punkten noch eine andere Meinung vorher maßgebend gewesen sein, so sind wir fest davon überzeugt, daß die übergroße Mehrheit bei allen wichtigen Abstimmungen ihren Eindruck nicht verfehlt haben wird.

Es ist gewiß, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden können, aber das Bewußtsein, nur das Beste zu erstreben und in diesem Sinne gehandelt zu haben, kam auf dieser Generalversammlung scharf zur Geltung.

Wir wollen auf die einzelnen Details nicht näher eingehen, da das Protokoll in allerhöchster Zeit erscheinen wird, sondern nur kurz die hauptsächlichsten Beschlüsse unseren Mitgliedern unterbreiten.

Bei der Frage *Arbeitslosen-Unterstützung*, welche durch ein Referat eingeleitet wurde, konnte es sich für uns nicht mehr um eine Prinzipienfrage, sondern nur noch um die Zweitmöglichkeit und Durchführbarkeit derselben in unserem Gewerbe handeln. Schon auf früheren Generalversammlungen wurde dieser Frage große Bedeutung beigelegt und der Vorstand beauftragt, geeignetes statistisches Material zu sammeln. Hauptsächlich handelt es sich um die Höhe der Beiträge, die erhoben werden müßten, wenn über die praktische Einführung der Arbeitslosenunterstützung ernstlich diskutiert werden soll. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen, unter denen die Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung durchgeführt werden könnte, legte der Referent der Generalversammlung folgende Bedingungen vor:

1. Der Wochenbeitrag in den 30 Sommerwochen beträgt 1 Ml., in den 22 Winterwochen 20 Pfg.
2. Anspruch auf Unterstützung erhält das Mitglied, welches ein volles Jahr obigen Beitrag entrichtet hat.
3. Die Unterstützung beträgt pro Tag 1 Ml. und wird nach sechstägiger Arbeitslosigkeit gewährt, Sonn- und Feiertage, sowie die erste und letzte Woche des Jahres stehen außer Berechnung für Empfang der Unterstützung.
4. Die Unterstützung regelt sich nach der Zugehörigkeit zur Vereinigung wie folgt:

Nach 1 Jahre	Höchstbetrag 36 Ml.
" 2 "	42 "
" 3 "	48 "
" 4 "	60 "

Wer den Höchstbetrag der Unterstützung erhalten hat, muß 40 Wochenbeiträge geleistet haben, ehe von neuem Anspruch auf Unterstützung erhoben werden kann.

5. Bezugsberechtigten Mitgliedern, welche anderweitig in Arbeit treten können, kann, wenn die sechstägige Periode der Arbeitslosigkeit verstrichen ist, Beilegeld bis zu 8 Ml. verabfolgt werden.

Verheiratheten kann je nach den Verhältnissen bis zum Höchstbetrag die Unterstützung als Beilegeld ausbezahlt werden.

6. Die Anmeldung zur Unterstützung hat innerhalb zwei Tagen nach der Entlassung aus der Arbeit zu geschehen. Bei der Anmeldung ist der Entlassungsschein, wie er laut Gesetz von jedem Arbeitgeber verlangt werden kann, nebst Invitationskarte vorzuzeigen.

Die Anmeldung hat ebenfalls innerhalb zwei Tagen zu erfolgen.

7. Von den Unterstüzung Beziehenden darf keinerlei Arbeit, sei es im Beruf oder außer Beruf, ohne die Melbung bei der Verwaltung gemacht zu haben, ausgeführt werden. Ein Zuüberhandeln zieht den sofortigen Verlust der Unterstützung und jedes weitere Unrecht auf ein Jahr nach sich.

Die große Mehrheit der Delegirten war der Meinung, daß es schon in Bezug auf rapide Steigerung der Beiträge noch nicht angebracht ist, über diese so einschneidende Frage Beschlüsse zu fassen. Einstimmig wurde beschlossen, nochmals den Hauptvorstand zu beauftragen, bis zur nächsten Generalversammlung weiteres statistisches Material zu erheben. Daß zu dieser Aufgabe von den Verwaltungen, ja von jedem unserer Kollegen die größte Sorgfalt zu verwenden ist, wird wohl allerseits erkannt werden.

Dem Punkt „Bauarbeitereschutz in unserem Gewerbe“ wurde eine eingehende Debatte gewidmet; der Referent führte aus, daß bis jetzt der Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter in unserem Berufe sehr vernachlässigt worden und sich die Zahl der Unfälle und Berufskrankheiten fortgesetzt vermehrt habe. Besonders die Berufskrankheiten, wie Rheumatismus, Magen- und Darmleiden, Erkrankung der Atmungsorgane und die Bleikolit bei den Malern nehmen einen sehr hohen Prozentsatz ein. Unsere Kollegen müssen plausibel gemacht werden, daß wir nicht nur die Pflicht haben, für höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit einzutreten, sondern auch für unser höchstes Gut, unser Leben, unsere Gesundheit, müssen wir Schutz fordern. Besonders wurde noch vom Referenten auf die so nothwendige Forderung des Bauarbeitereschutzes bei Lohnbewegungen hingewiesen und auf die beachtenswerthe Aufgabe der Gesellenausschüsse, nach dieser Richtung hin zu wirken, aufmerksam gemacht. Durch die gezeitigte Debatte ging hervor, daß durch den Bauarbeitereschutzkongress in Berlin durchwegs eine andere Wendung erzielt wurde und daß die Bedeutung des Bauarbeitereschutzes in immer weitere Kreise dringt. Es muß unser Bestreben sein, darauf hinzuwirken, daß diese Frage gesetzlich geregelt wird, denn mit den z. B. geltenden polizeilichen Vorschriften können wir uns nicht begnügen. Eine vom Referenten darauf hinzielende Resolution wurde mit Einstimmigkeit angenommen.

Als ein wichtiger Fortschritt ist die Festsetzung der Beiträge in den 30 Sommerwochen auf 85 Pfg. und in den 22 Winterwochen auf 15 Pfg., wie bisher, zu verzeichnen; der obligatorische Streitbeitrag fällt von jetzt ab weg. In außergewöhnlichen Fällen, wo es die Interessen der Organisation erfordern, kann der Vorstand und Ausschuß eine Extrasteuer ausschreiben; den Filialen verbleiben 25 p. 100 und 75 p. 100 gehen der Hauptkasse zu.

Ferner wurde bei der Statutenberathung folgende Regelung der Streitunterstützung getroffen:

Genehmigte Streiks werden vom vierten Tage an von der Hauptkasse unterstützt. Bei Abwehrstreiks und Aussperrungen vom ersten Tage an. Die Unterstützung beträgt für Ledige pro Woche 9 Ml. oder 1.50 Ml. pro Tag, für Verheirathete pro Woche 12 Ml. oder 2 Ml. pro Tag, für jedes Kind unter 14 Jahren pro Woche 50 Pfg., für 3 Tage nur

25 Pfg. Ebenso findet folgende Resolution in namentlicher Abstimmung gegen 10 Stimmen Annahme: Die örtlichen Streifonds sind der Hauptkasse zu überweisen; in Erwägung dessen sind sämtliche vorhandene Streit Schulden der Filialen zu erlassen. Diejenigen Mitglieder, die für 1900 noch nicht für 3 Ml. Streitmarken gelöst haben, sind verpflichtet, diesen Betrag, welcher an die Hauptkasse abzuführen ist, noch nachzuzahlen. Die noch nicht an die Hauptkasse abgelieferten Streitbeiträge sind ebenfalls an die Hauptkasse abzuführen.

Der Krankengeldzuschuß wurde folgendermaßen geregelt:

Der Vorstand kann an Mitglieder bei eintretender Krankheit einen Krankenzuschuß gewähren: Nach einjähriger Mitgliedschaft pro Tag 55 Pfg. während 25-tägiger Dauer und steigt bei jedem Jahre um 5 Pfg. pro Tag. Die Unterstützung in jedem Jahre um 5 Tage, so daß die Höchstzahl der Unterstützungsstage 70 mit pro Tag 1 Ml. beträgt.

Neu ist das Reglement für Sterbegelder. Demnach kann der Vorstand beim Sterbefall verheiatheter Kollegen der Frau oder den Kindern nach einjähriger Dauer der Mitgliedschaft von 15 Ml. bis 60 Ml. nach zehnjähriger Mitgliedschaft Unterstützungs zahlen.

Da allgemein anerkannt wurde, daß größere Filialen mit dem ihnen zustehenden Prozentsatz von 25 p. 100 nicht immer ausreichen, indem durch die Haussäumung und sonstige Betreibung der Agitation größere Ausgaben erfolgen, wurde der Hauptvorstand ermächtigt, denjenigen Filialen, welche 250 und mehr Mitglieder haben, je nach Lage der örtlichen Verhältnisse einen Zuschuß bis zu 10 Prozent zu gewähren. Der Hauptvorstand erlangt dadurch das Recht, in diesen Filialen bei wichtigen Fällen mitzusprechen. Ebenso wird folgender Antrag in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 23 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen: „Dem Hauptvorstand und Ausschuß wird das Recht zuverkannt, in denjenigen Agitationsbezirken, wo sich die Nothwendigkeit herausstellt, daß die Agitation dadurch gefördert wird, Kollegen anzustellen, oder einen Beitrag zur Besoldung zu gewähren.“

Nach Abstimmung der Prälaten und Geistlichen erfolgten die Wahlen. Kollege Tobler und Wentker wurden per Aklamation wiedergewählt, ebenso der Kollege Markt. Aus dem Geschäftsbuchbericht ging hervor, daß es bis jetzt nicht mehr möglich war, die zu bewältigende Arbeit ohne Hilfskraft zu erledigen, weshalb die Generalversammlung beschloß, den zweiten Vorsitzenden zu bestellen. Die Wahl fiel auf den Kollegen Krüger-Dresden, welcher am 1. Januar nach Hamburg übersiedelt.

Als Sitz des Vorstandes wurde Hamburg, als Sitz des Ausschusses Stuttgart wieder bestimmt.

Sodann erstattete Kollege Husk den Bericht über den dritten deutschen Gewerkschaftskongress. Die Generalversammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Genosse Paeplow, Vertreter der Generalkommission, ergänzt die Ausführungen und verbreitete sich namentlich über die Gewerkschaftskartelle; die Thätigkeit derselben muß mehr begrenzt werden, vor Allem müssen ihnen die Befugnis über Gelderhebungen und Streiks genommen werden. Sodann wird beschlossen zum Gewerkschaftskongress je einen Vertreter des Hauptvorstandes und des Ausschusses, die übrigen Delegirten durch Abstimmung zu wählen.

Über unsere Stellung zu den auswärtigen Brudervereinigungen referierte Tobler. Sodann gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die Generalversammlung protestiert im Namen ihrer 15000 Mitglieder entschieden dagegen, daß das Reichsamt des Innern sich nicht nur in einem auffälligen Abhängigkeitsverhältnis zu dem unter dem Namen der „Scharfmacher“ weithin bekannten „Verband deutscher Industrieller“ gestellt, sondern sich von diesem Verbande auch noch Geld zur Agitation für die Buchthausvorlage erbettelt, um für diese Vorlage agitieren zu können. Die Generalversammlung erblieb in diesem Vorgehen einen Alt der Korruption, wie er schlimmer von einer solchen Regierungs-Abtheilung nicht erdacht werden kann. Aus diesem Grunde erklärt die Generalversammlung, zu einer derartigen Regierung nicht das mindeste Vertrauen zu besitzen.“

Nach einem begeisternden Schlussswort seitens des Vorsitzenden Zobler wird die achte Generalversammlung mit einem brausenden Hoch auf die Organisation geschlossen.

## Gegen den Freiburger Erzbischof

Gegen den Freiburger Erzbischof nehmen auch die Delegirten der in der nord. Zentrale vereinigten christlichen Textilarbeiterverbände Stellung. Die Verbände gehören in der Mehrzahl der Gladbach-Richtung an, welche sich nicht leichter Hand ergeben will und dafür von den eigenen Brüdern etwas scharf attackirt wird. Der in Krefeld erscheinende „Christliche Textilarbeiter“ bringt in seiner Nummer folgende Erklärung:

Die Vertreter der vereinigt. Textilarbeiter-Verbände Westdeutschlands sehen sich veranlaßt, gegen den Erzbischof des hochw. Herrn Erzbischofs von Freiburg, die christliche Gewerkschaftsbewegung betreffend, mit Entschiedenheit zu protestiren.

Die christlichen Textilarbeiter-Verbände wollen nichts weniger als unter dem „Ausabhängschild“ ihres christlichen Namens zu Gunsten der Sozialdemokratie wirken, sondern sie haben allein den Zweck, die geistigen und materiellen Interessen ihrer Mitglieder nach solchen Grundsätzen zu fördern, die sich mit den Gehalten der christlichen Gerechtigkeit und Güte durchaus im Einklang befinden. Wenn in diesen Organisationen Angehörige beider christlichen Konfessionen vereinigt sind, um gemeinsam praktisch erreichbare Ziele zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufsgenossen zu verfolgen, und wenn ferner auch die Erörterung positiv religiöser und konfessioneller Fragen innerhalb der Verbünde ausgeschlossen ist, so wird andererseits alles streng ferngeholt, was die persönliche religiöse Überzeugung antasten und verleben könnte und ebenso wenig soll und wird der Boden der christlichen Gesellschaftsordnung verlassen werden.

Die christlichen begin. katholischen Textilarbeiter beanspruchen voll und ganz dieselben Rechte, die den anderen Berufsverbänden (Arbeitgebern, Handwerkern, Landwirthen etc.) bisher ohne Einpruch hoher kirchlicher Behörden zugestellt wurden, umso mehr, als die Textilarbeiterchaft im allgemeinen zu denjenigen Berufen zählt, die eine Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage am nothwendigsten haben.“

Es wird zwar nicht mehr so schlimm werden, nachdem schon der „strebende Brust“ eine befriedigende Versicherung abgegeben, wie vorauszusehen war. Auch hat sich mittlerweile der Herr Erzbischof durch die „christlichen Gewerkschaftler“ Mannheims befehlen lassen, wie aus einer nachliegenden Zuschrift an das „Neue Mannh. Volksbl.“ hervorgeht: „Den Vorständen der christlichen Gewerkschaften Mannheims wurde die Audienz gewährt, die sie in ihrer Eingabe erbeten hatten. Der hochw. Herr Lieblich überzeugte, daß die Gewerkschaften Badens auf positiv christlichem Boden stehen. Er erklärte, daß er diese Gewerkschaften (strotz seiner Befürchtungen für die Zukunft) nicht verurtheilen wolle und fordert auf, vorwärts zu forschen auf den betretenen Bahn, aber sich durch Niemanden von den christlichen Grundsätzen abbringen zu lassen.“ Ebenso erklärte der Herr Bischof drei Vorstandsmitgliedern des Freiburger Vereins „Arbeitschub“ gegenüber, welche er empfangen, um denselben „einige Aufklärungen“ zu geben, daß er allgemein misverstanden sei, es habe ihm durchaus ferngelegen, die christlichen Gewerkschaften zu verurtheilen, er habe nur vor den neuzeitlichen aufgetretenen Bestrebungen warnen wollen, die christlichen Gewerkschaften in neutrale umzuwandeln.“ Zum Schluß der Unterredung bemerkte der Erzbischof: „Arbeiten Sie ruhig in der Weise fort, es soll Ihnen kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Wenn irgendwie Missverständnisse entstehen sollten, bin ich gerne bereit, dieselben zu beseitigen.“

Dem hochwürdigen Herrn scheinen die durch seinen Erfolg erzeugten Proteste der katholischen Arbeiterschaft bedenklich geworden zu sein und er wird hoffentlich davon überzeugt bleiben, daß es sich mit den Pflichten eines Seelenbüters nicht vereinbaren läßt, die Interessen eines ausbeuterischen Unternehmers auf Kosten des arbeitenden Volkes auch nur unfehlbar zu unterstellen, wenn sich auch unter diesem Unternehmerthum „Söhne der Mutter Kirche und brave Buntzsmänner“ befinden mögen, welche sogar den berüchtigten „12 000 M.“ nicht allzuweit entfernt stehen. Dann werden auch die neutralen Gewerkschaften nicht mehr ausschloß von den Herren im Magen liegen.

## Zur Sozialstatistik der deutschen Buchdrucker.

Einen verbündeten Schritt hat der hamburgische Geberbeinspizier Dr. W. Abelsdorff unternommen, um die soziale Lage der Arbeiterschaft nach exakter Forschung zu ergänzen.\* Er wählte den in verhältnismäßig günstiger Position befindlichen Buchdruckerberuf aus und verbande mit Hilfe des Buchdruckerbandes und seiner Gauvorstände Fragebogen an dessen Mitglieder, von denen 4815 in verschiedener Ausfüllung zurückgesandt wurden, so daß von 18590 in den Erhebungsgebieten im Jahre 1897 beschäftigten Sägern, Druckern und Maschinenmeistern 25,9 p. 100 an der Erhebung beteiligt waren.

Der Verfasser untersucht die Altersgruppierung, Berechungszahlen und die Kinderstatistik, die Geburtsrate und

\* Dr. W. Abelsdorff: Beiträge zur Sozialstatistik der deutschen Buchdrucker. Verlag von F. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen und Leipzig, 1900. XV u. 66 Seiten nebst Tabellen. Preis 4 M.

Freizeitigkeit bezw. Geschäftigkeit der Buchdrucker, ihr soziales Wirken nach den Berufen ihrer Eltern und Geschwister, sowie die Art der Berufswahl für ihre Kinder. Seine interessanten Tabellen würden verständlicher werten, wenn der begleitende Text ausführlichere Erläuterungen und Hinweise böte.

Den zweiten Theil der statistischen Arbeit des Dr. Abelsdorff bildet die Veröffentlichung von 15 Haushaltungsbudgets aus dem Buchdruckergewerbe. Ähnliche Arbeiten sind schon mehrfach, so von Engel, vom freien Hochstift zu Frankfurt a. M., Max May u. A. herausgegeben worden. Die Abelsdorffsche Arbeit verdient vor diesen insfern den Vorzug, als sie nur Budgets von Familien umfaßt, die der gleichen sozialen Berufsgliederung angehören und annähernd die gleiche Kopfzahl aufweisen, also wirklich vergleichbares Material benutzt. Die Budgets wurden erhoben durch Ausgabe besonderer eingerichteter Haushaltbücher an Buchdruckerfamilien, die sich verpflichteten, in dieselben nach den vorgeschriebenen Spezialisierung zwei Monate lang alle Einnahmen und Ausgaben genau einzutragen. Die Erhebungszeit fiel in den Oktober und November 1897.

Da diese Eintragungen eine harke Gebrauchsprobe für die Arbeiterfrauen bedeuteten, so wurde für jedes brauchbare Budget eine Prämie zur Anregung ausgesetzt. Trotzdem kamen nur 15 Budgets, welche brauchbar waren, zusammen, die sich auf zehn Städte vertheilten. Die meisten bezogen sich auf vierköpfige Familien (Mann, Frau und zwei Kinder); nur zwei zählten fünf Köpfe. Das Einkommen der Männer schwankte zwischen 1296 und 2100 M.; es betrug im Durchschnitt 1677,58 M.

Derartige Arbeiterbudgets sind außerordentlich lehrreich für die Arbeiter selbst, vor Allem aber für die Gewerkschaften. Sie ermöglichen dem Einzelnen die genaue Kenntnis seiner Haushaltungsausgaben, die kritische Prüfung des Aufwandes für jede Art der Lebensbedürfnisse und deren Verhältnis untereinander und sind ein wichtiges Erziehungsmittel zur Wirtschaftlichkeit und kulturellen Hebung der Arbeiter. Für die Gewerkschaften aber bilden sie die zuverlässige Grundlage für die Aufstellung eines zum normalen Unterhalt ausreichenden Minimallohnes eines sogenannten Lebenslohnes, dessen Erlangung ja zu den vornehmsten ihrer Aufgaben gehört. Bereits wurde deshalb in verschiedenen Organisationen versucht, verlässliche Haushaltungsbudgets zu erhalten. Die erzielten Angaben waren jedoch in der Regel viel zu summarisch und ließen sich nicht im Einzelnen nachprüfen, so daß willkürliche Ausschließungen nicht ausgeschlossen waren. Wohl gerade in der Erkenntnis dieser ernsten Bedeutung dieser Art Statistik für die Gewerkschaften hat sich der Verfasser entschlossen, den zweiten Theil seiner Schrift als populäre Sonder-Ausgabe\*\*) in Massenauslage herstellen zu lassen, um ihr den weitesten Eingang in Gewerkschaftskreisen zu verschaffen. Wir können diese Absicht nur unterstützen und begrüßen es, daß auch ein norddeutscher Gewerbeinspizier einmal den hohen sozialen Beruf verfügt, an der Erziehung der Arbeiterklasse Anteil zu nehmen. Den Gewerkschaften, die die Wichtigkeit der Pflege der Statistik erkannt haben, kann die Verbreitung der Abelsdorffschen Schrift nur zu ihrem eigenen Nutzen empfohlen werden.

\*\*) Dr. W. Abelsdorff: „15 Arbeiterhaushaltungsbudgets aus dem deutschen Buchdruckergewerbe.“ 16 Seiten nebst zwei Tabellen. Zu beziehen durch die H. Laupesche Buchhandlung, Tübingen. Preis 30 Pfg. von 20 Exemplaren ab 25 Pfg.

## Aus unserem Berufe.

Vor kurzem. (Situationsbericht.) Auch wir wollen etwas von uns hören lassen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schilbern. Trotz der Thätigkeit unserer Kollegen im vorigen Winter, wo es uns gelang, den Gesellenausschuß mit Vereinstollegern zu besiegen, war es uns nicht möglich, die Organisation weiter zu stärken. Schon sind drei dieser gewählten Ausschäftsmitglieder abgereist. Wir waren bisher nicht in der Lage, den Obermeister zu ersuchen, die Neuwahl vorzunehmen, da wir bisher keinen wählbaren Kollegen hatten. Auch der Wechsel der Mitglieder und besonders der des Vorstandes war uns sehr zum Nachteil. Nicht mehr als fünf Mal wurde der erste Vorsthende, vier Mal der Kassier und sechs Mal der Schriftführer gewechselt. Eine Neuwahl des ersten Vorsthenden steht uns noch bevor. Infolge dieses hatte auch die Hausagitation schwer zu leiden. Wir hoffen, daß sie in diesem Winter bessere Erfolge zeitigen wird. Der schlechte Geschäftsgang in diesem Jahre, die daraus resultirenden schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen, die schon stark eingetretene Arbeitslosigkeit müßten jeden weiterstreben den Kollegen an die Vereinigung fesseln. Außerdem müßten die Kollegen schon den Werth der Organisation ermessen können, wenn sie von den emporenden Vorcommissen bei den Saalabtriebungen hören, von denen wir in diesem Jahre schon zum dritten Male betroffen worden sind und die wir stets von der „Wohlbüddlichen“ zu erwarten haben. Alles dieses wird von den Kollegen nicht genügend beachtet. Sie verleihen eher in allerhand Kleimbüchern. Schon des Morgens um 6 Uhr sieht man diese Leute bei Sommertag auf den Hassabteilungen arbeiten und zwar für 33—45 Pfg. pro Stunde mit Ausnahme einiger besserer Kräfte, welche sich in eine höhere Menschenstufe versetzt fühlen. Man vertrat auch hier den Gedanken, durch Einführung eines Reichsschutzbüros die anfänglichen Kollegen für die Vereinigung zu gewinnen, aber durch das ablehnende Verhalten einiger Zentralvorstände, die Befürchtung wegen der materiellen Unterstützung hegten, mußte man hierbei Abstand nehmen. Am 18. Oktober sollte hier eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher Kollege Baderbauer-Düsseldorf referieren sollte. Jedoch wurde uns wieder der Saal abgetrieben. Trotzdem werden wir die Flinte noch nicht ins Horn, sondern arbeiten noch energischer weiter. Wir wünschen, daß unsere Kollegen bald zu der Erkenntnis kommen mögen, daß auch hier Verbesserungen nötig sind.

Charlottenburg. Am 14. November tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Flemming giebt als Delegirter von der Gewerkschaftskommission seinen Bericht über die Thätigkeit derselben: Auch hob er hervor, wie notwendig ein Gewerkschaftshaus am Orte wäre. Die Wahl der Delegirten fiel auf die Kollegen Flemming und Röbel. Im Verschiedenen brachte Kollege Feige die kürzlich gegen ihm erfolgte Maßregelung zur Sprache. Auch erwartete er, betreffender Meister schreibt an bekannte Meister, daß sie ihn nicht mehr einstellen sollen, was man auf eine schwarze Liste zurückführen kann. Die Anwesenden wurden ermahnt, die am 27. November stattfindende große Versammlung in der Gambrinus-Brauerei zahlreich zu besuchen und dafür zu agitiren.

Reichenbach. Situationsbericht. Unsere Filiale, welche nun seit dem 25. Juni 1898 besteht und durch ein vereintes Vorgehen ihre Lage bedeutend verbessert hat, hat gegenwärtig einen Mitgliederbestand von 48 Kollegen. Wie

überall, ist die Zahl der Mitglieder nach dem Streit im Frühjahr bedeutend zurückgegangen und jetzt haben wir wieder 43 Mitglieder in der Filiale. Nach dem Streit sind viele Kollegen abgereist und dem Verbande entzogen, so daß von den Kollegen, welche den Streit mitgemacht haben, nur noch 22 Mitglieder der Filiale Kreuznach angehören. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat statt und zwar der Besuch im Sommer sehr gering, doch hat sich dies jetzt etwas verbessert. Der Minimallohn beträgt pro Stunde 32 Pfg., jedoch sind wenig Kollegen hier, welche diesen Lohn bekommen, denn durchschnittlich hat jeder Kollege 34—38 Pfg. pro Stunde und die Meister richten sich mit kleinen Ausnahmen genau nach unserem festgestellten Lohntarif. Beiträge gehen gut ein, nur wäre zu wünschen, daß die Kollegen, welche sämtlich noch junge Mitglieder unserer Versammlung sind, die Versammlungen besuchen, denn nur durch ein gemeinsames Zusammengehen und durch eine gute Schulung können wir unsere Filiale dauernd festigen und den Kampf weiter aufnehmen, da noch so Vieles verbessert werden muß.

Schönebeck. Seitdem wir eine selbständige Filiale haben, wurden drei Versammlungen abgehalten, welche zur Zufriedenheit besucht waren. Es sind zur Zeit am Orte 41 Kollegen beschäftigt, von denen 24 dem Verbande beitreten. Da wir jetzt Hausagitation betreiben, haben wir noch fünf Kollegen gewonnen, mithin zählen wir jetzt 29 Mitglieder. Auch dem Gewerkschaftsrat sind wir beigetreten. Ferner haben die Kollegen in der letzten Versammlung über das Herbergswesen für die zugezogenen Kollegen beraten, welches aber noch zu keinem vollständigen Resultat gekommen ist. Daß wir hier am Orte durch die Organisation schon einen guten Fortschritt gemacht haben, beweist, daß verschiedene Meister 2—3 Pfg. pro Stunde zugelegt haben. Wir wollen hoffen, daß unsere Filiale so weiter fortschreitet, wie sie sich in der kurzen Zeit emporgeschwungen hat.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Maurerstreit in Halle a. S. wird fortgesetzt. — Die Steinseiter in Halle a. S. haben den Generalstreit erklärt, da der Magistrat die städtischen Arbeiten denjenigen Innungsmästern zuwandte, die die Forderungen der Arbeiter strikt ablehnen. Es sind nur 16 Mann stehen geblieben. — Die Tapezierer der Firma C. Schmidt's Möbelhalle in Uschersleben sind in Streit getreten.

Die Steinarbeiterei streiten in Nesseldorf i. S., Hahndorf i. S., Coblenz, Wittberg und Höslitz i. S.

Die Metallarbeiter der A.-G. Panzer, Berlin, Babstraße, legten wegen Lohnreduktion die Arbeit nieder. — Die Formerei streiten in Gera (Firma Kub. Sommer) wegen Lohnregelung. — In Eichsfeld bei Hagen i. W. wurde den Formern der Firma Lüding wegen Zugehörigkeit zur Organisation gefündigt. — Der Streit der Elektromontiere der Allgem. Elektrizität A.-G. Berlin ist durch Vermittelung des Gewerberichts zu Gunsten der Streitenden beendet.

Der Parkettlegerstreit in Hamburg (Gebr. Merz) dauert fort. — Die Holzbildhauer haben Differenzen in Nessau und Darmstadt.

In der Schuhfabrik von Eugen Stern in Bodenheim sind Differenzen wegen Lohnabfälle bis zu 50 p. 100 entstanden. Auch in der Schuhfabrik von Strauß in Oberbad Schweben Differenzen wegen Vertragsbruchs und Lohnregelung.

Die Graveure der Firma O. Kühner, Berlin N., Kesselsstraße 9, haben wegen Lohnregelung die Arbeit eingestellt.

Schwetz. In der Seidenfärberei von Baumann und Dr. Müller in Zürich streiten 120 Arbeiter wegen Lohnhöhung und schriftlichen Arbeitsvertrages. — Der Stickerstreit in Arbon (Fa. Heine) dauert fort. Auch in anderen Fabriken sind Lohnreduktionen und Entlassungen angekündigt.

Walgien. Der Unterpenter Diamantarbeiterstreit ist erfolglos beendet. Die Arbeiter beschlossen die Gründung einer Widerstandsstaffel.

Dänemark. Der seit 16. Juni währende Bahnarbeiterstreit, der 500 Mann umfaßte, ist jetzt beendet worden, augenscheinlich ohne Erfolg der Streitenden, denn der Kampf soll im nächsten Jahre erneut werden. Die lange Dauer des Streits ist auf den hartnäckigen Widerstand des dänischen Handelsministers gegen jede Lohnhöhung zurückzuführen.

Urtheile Geistlicher über die moderne Arbeiterbewegung. In Standers in Dänemark ist ein Streit der Hafenarbeiter ausgetragen, weil die Unternehmer sich weigerten, die Löhne um ein Geringes aufzubessern. Darauf wurde der Versuch unternommen, einen „Christlichen Bund“ zu gründen, dessen Mitglieder aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehen sollte. Des Bundes vornehmste Thätigkeit hat bis jetzt darin bestanden, Streikbrecher anzunehmen; aber man hat damit nicht viel Glück gehabt. Unter Anderen haben auch zwei dänische Geistliche sich ganz entschieden gegen diesen Bund ausgesprochen. Der eine sagte: „Es ist meine Überzeugung, daß die Gewerkschaftsbewegung Nutzen gebracht hat und ganz besonders auch die moralischen Eigenschaften der Arbeiter erhöht hat. Lebt man fern von anderen Menschen, so mag man thun, was man will. Lebt man aber mit so vielen zusammen, so hat man Rücksicht auf die Allgemeinheit zu nehmen und vor allem nichts zu thun, was die Arbeitsbedingungen der anderen beeinträchtigen kann. Man soll sich nicht weigern, einem Fachverein beizutreten, mit der Motivirung, daß man damit vielleicht etwas Böses begehen könnte. Denn dann könnte man ja auch nicht Staats-, noch Gemeindebürgers sein, wenn jeder Einzelne die Verantwortung für jede Handlung dieser Gemeinschaften tragen würde.“

Der andere Pastor äußerte unter Anderem: „Es ist meine Meinung, daß die Vorkämpfer der Organisation die tückigsten und rechtschaffensten Arbeiter sind, während an den Streikbrechern oft ein „moralischer Falten“ gefunden wird. Es liegt eine große Gefahr darin, mit einer ökonomischen Bewegung den Namen Christi zu verbüffsen. Mit Geistlichen protestieren energisch dagegen, daß es Gottes Sache sein sollte, als Streikbrecher zu arbeiten.“

Die Statistik der Krankenversicherung gilt 1898 veröffentlicht das statistische Amt für das Deutsche Reich, woraus deutlich zu ersehen, daß die Unternehmer durchaus keine Veranlassung haben, sich wegen der ihnen aufgelegten „ungeheuren Lasten“ zu beschagen. Insgeamt entfielen danach 22 607 Krankenlasten. Davon sind 8512 Gemeinden, 4585 Orte, 7139 Betriebs-, 84 Bau-, 606 Kindergartenlasten, 1422 eingetriebene und 259 landesrechtliche Hilfslasten. Die Gesamtzahl der Kassen hat sich

seit 1885 stetig vermehrt, die Hilfsklassen dagegen haben sich verringert. Die Zahl der versicherten Personen betrug 8502 645 gegen 4 294 173 im Jahre 1885. Außerdem waren 555 665 Personen in den Knappschaftsklassen versichert, im ganzen also 17,2 Mio. der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Nach der Mitgliederzahl nehmen die Klassen folgende Rangfolge ein: Ortsklassen (4 078 958), Betriebsklassen (2 281 651), Gemeindeversicherung (1 409 739), eingeschriebene Hilfsklassen (765 930), Unionsklassen (159 154), landesrechtliche Hilfsklassen (57 474), Bautassen (18 100). Extranktionsfälle fielen im Berichtsjahr auf je 100 Mitglieder 34,2 Krankheitstage 608,6. Für ärztliche Behandlung wurden 29 107 863 M. — 3,32 M. pro Mitglied ausgegeben, für Arznei und Heilmittel 22 011 200 M. — 2,51 M. pro Mitglied. Die Ausgabe für Krankengeld betrug pro Mitglied in den verschiedenen Klassen 2,32 bis 9,69 M. Die erstere Summe bezieht sich auf die Gemeinde, die letztere auf die eingeschriebenen Hilfsklassen. Die gesamten Krankheitslosen betrugen im Durchschnitt aller Klassen 14 80 M. pro Mitglied. Von je 100 M. entfallen auf Krankengeld 42,47, auf Arztkosten 22,73, auf die Arznei 17,19, auf Verpflegung in Krankenanstalten 12,38, auf Sterbegeld 3,33, auf Wohnerinnen-Unterstützung 1,83, auf Fürsorge für Rentnervinnen 0,07 M. In Beiträgen wurden aufgebracht von den Arbeitern 102 447 331 M., von den Unternehmern 42 793 276 M. Auf einen Versicherten entfallen 11,68 M. Beitrag und, wie oben bemerkt, 14,60 M. Krankheitslosen, so daß ihm 2,92 M. zu gute kommen, wobei aber zu berücksichtigen, daß ein großer Theil der Krankheiten durch gewöhnliche Unfälle entsteht, für die bekanntlich die Krankenfasse bis zur 13. Woche aufzutreten haben, und daß ein anderer Theil den sogenannten Gewerbekrankheiten zuzurechnen ist, für die die Unternehmer auch aufzutreten hätten.

## Gerichtliches.

Über die Zulässigkeit der Verhältnisse entschied das Kölner Gewerbege richt eine höchst wichtige Entscheidung. Vor dem betreffenden Gewerbege richt wurde ein Arbeiter gegen die Firma Gedr. van der Zypen klagbar, weil diese 19 M. verdienten Lohnes infolge Nichtleihaltung der Mindestlohnstrafe einbehält. Der § 394 des B. G.-B. verbietet dieses Einbehalten von Lohn bekanntlich. Die Firma verteidigte sich aber darauf, daß in der vom Kläger anerkannten Arbeitsordnung die Gültigkeit dieses Paragraphen aufgehoben sei. Das Urteil lautete auf Zahlung der geforderten 19 M. unter folgender Begründung: Die beschlagte Firma bestreitet nicht, daß der Kläger den Lohn verdient habe, aber sie wolle ihn gemäß ihrer Fabrikordnung als Schadenersatz behalten, weil der Kläger die Arbeit ohne Mindestlohn verlassen hat. Dieses Verfahren sei eine Aufrechnung, die durch § 394 des B. G.-B. untersagt ist. Wenn die Firma einstehe: sie habe die Gültigkeit des § 394 durch gegenseitige Vereinbarung für ihren Betrieb aufgehoben, so sei diese Aufhebung ungültig; denn der § 394 sei zwingendes Recht, das nicht durch Verträge außer Kraft gesetzt werden könne. — Das Urteil ist deshalb von größter Wichtigkeit, weil namhafte industrielle Werte gleich dem oben genannten diesen Paragraphen durch Bestimmungen ihrer resp. Arbeitsordnungen außer Täglichkeit zu legen versuchen, was selbst juristischerseits als zulässig bezeichnet wurde.

## Baugewerbliches.

Einfurchtbare Bauunglück hat sich in Darmstadt ereignet. Donnerstag Vormittag kurz vor 11 Uhr stürzte in der Inselstraße ein nahezu vollendetes Neubau in sich zusammen, eine große Anzahl Arbeiter unter den Trümmern begrabend. Einige Schwerverletzte wurden ins Hospital gebracht. Man ist noch mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt und befürchtet, daß noch mehrere Menschen zu beklagen sind, da man glaubt, daß noch viele Arbeiter unter den Trümmern liegen.

## Verschiedenes.

In München ist der hervorragende Gentlemen Professor Anton Seitz im Alter von 72 Jahren gestorben. Einem verstorbenen sozialdemokratischen Medizinte deutscher Industrieller sollte nach der "Deutschen Tageszeitung" auf dem Friedhof gesetzt und erhalten haben, um damit die Agitation für Dortmund ein Grabstein gesetzt werden mit folgender Inschrift: "Wir hämmern, was wir schmieden. Die Freiheit gelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Friedens. Nicht drohen erst, hinein. Soll jeder gütlichen Arbeit betrieben werden, daß noch mehrere Menschen zu beklagen sind, da man glaubt, daß noch viele Arbeiter unter den Trümmern liegen.

Leidenschaft seiner englischen Vetter. Weit über 20 Millionen Mark sollen englische Touristen und Sportsmänner alljährlich im schottischen Hochland lassen, daß demnach eine Art englischer Schweiz darstellt. Mittheilung vom Internationalen Patentbureau Carl Fr. Reichelt, Berlin NW. 6).

Das gebildete Volk. Man schreibt der "Krit. Ztg." Es ist eine sehr ernste Errscheinung, daß die großen Weltmächte von Menschen nie mehr genannt werden, wenn nach dem tüchtigsten oder glücklichsten oder gebildetesten Volke gefragt wird, d. h. nach dem Volke, wo diese Güter am allgemeinsten verbreitet sind. Um nur von der Bildung zu sprechen, so haben wir Deutschen sicher die meisten Gelehrten, aber "der Mann auf der Straße", der Bauer, Handwerker, Knecht, Arbeiter, lebt in einer durchaus anderen und viel tieferen Welt als der schulmäßige gebildete; der allergrößte Theil unserer Mitmenschen ist bei uns von der wirklichen Schule der Bildung noch ausgeschlossen. Viel besser steht es in dieser Hinsicht in Dänemark, Island und Finnland, vor deren allgemeinen Bildungsschichten in den letzten Jahrzehnten wir beschließen den Hut ziehen müssen; auch in Norwegen bekommt man sogleich den Einbruck, daß dort der gemeine Mann doch viel königlicher oder — menschlicher sei und lebe als der Arbeiter, der bei uns in Feld oder Werkstatt dieselbe Arbeit thut. In einem eben erschienenen sehr lehrreichen Buche "Freie öffentliche Bibliotheken, Volksbibliotheken und Leseschulen" erklärt jetzt der Verfasser, Dr. Ernst Schulze, für das gebildete Volk der ganzen Erde die Siebenbürger Sachsen. "Klein an Volkszahl und in beständiger Bedrängnis, ist doch in diesem Volle ein Maß von Tüchtigkeit und Willenskraft angemessen, das schwerlich von irgend einem anderen Volle übertroffen werden dürfte. Unter den Siebenbürgern Sachsen gibt es keine Analphabeten, ihr Volksbildungswesen ist, obwohl sie es ganz aus eigenen Mitteln erhalten müssen — der magyarische Staat zieht es vor, von den Steuern, die sie zahlen, magyarische Schulen zu unterhalten — in einem blühenden Zustande. Und, was die Hauptsache ist, das Volksbildungswesen besteht nicht etwa mit vollendetem Volkschule ab und stellt die jungen Menschenkinder, die die Schule verlassen und denen man eben erst die elementarsten Kenntnisse beigebracht hat, vor einen Abgrund von Unwissenheit und Dämmer, sondern es wird für ihr gesiegtes Wohl in der ausgehöhltesten Weise auch weiterhin gesorgt: durch Parochial- und Eltern-Wunde, durch belehrende Vorträge (namentlich aus der Geschichte und Kulturgeschichte ihres Stammes), durch gute und auch mit modernem Leistungsschwere Volksbibliotheken, die in keinem sächsischen Dorfe, und sei es noch so klein, fehlen, und durch andere Maßnahmen mehr. Man reise einmal nach Siebenbürgen und suche sich dort unter unseren sächsischen Stammesbrüdern Erntensoldte, Schnapsbrüder und Bergleute. Man wird lange zu suchen haben! Die tiefen und von der Solidarität beeinflußte Bildung dieses Volles ist es, dem es diesen und so manchen anderen Vortrag verdankt. Man findet dort nicht eine Nation, die in zwei oder noch mehr feindliche Lager gespalten ist, sondern ein eintwoltiges Volk von Brüdern, das diese seine Einigkeit und Stärke in ältester Linie der Gleichheit des Kulturbewußtseins verdankt." So Dr. Schulze; und kam bei seinen Zeilen der sächsische Volkslied und deren vorlebige Strophe in den Sinn:

"Siebenbürgen, Land der Duldung,  
"Zedes Glaubens lächerlich Hort!  
Mögt du bis zu fernen Tagen  
Als ein Hort der Freiheit ragen  
Und als Wehr dem freien Wort!"

## Eingesandt.

Versammlungen und abermals Versammlungen weiter nichts als Versammlungen! So lautet die Parole einigen, welche von einer Interessengruppe, dem Bentzelverbande, sollte nach der "Deutschen Tageszeitung" auf dem Friedhof gesetzt und erhalten haben, um damit die Agitation für Dortmund ein Grabstein gesetzt werden mit folgender Inschrift: "Wir hämmern, was wir schmieden. Die Freiheit gelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Friedens. Nicht drohen erst, hinein. Soll jeder gütlichen Arbeit betrieben werden, daß noch mehrere Menschen zu beklagen sind, da man glaubt, daß noch viele Arbeiter unter den Trümmern liegen.

Endlich, am 24. November 1900, kam die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrauchte Anfrage im Reichstage e. Verhandlung. Sie hatte folgenden Wortlaut:

"Welche Maßregeln bedient der Herr Reichskanzler

den Beamten des Reichsamts des Innern zu erzielen, welche von einer Interessengruppe, dem Bentzelverbande, sollten nach der "Deutschen Tageszeitung" auf dem Friedhof gesetzt und erhalten haben, um damit die Agitation für Dortmund ein Grabstein gesetzt werden mit folgender Inschrift: "Wir hämmern, was wir schmieden. Die Freiheit gelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Friedens. Nicht drohen erst, hinein. Soll jeder gütlichen Arbeit betrieben werden, daß noch mehrere Menschen zu beklagen sind, da man glaubt, daß noch viele Arbeiter unter den Trümmern liegen.

Welche Summen in England für Sport jeder Person, etwas überreichen, aber sonst sehr pflichtgetreuen Beauftragten, einen etlichen Pferderennen, Segelfahrten, Eriden und Fußball erleichtern die Tafeln eines Theiles der britischen Nation um mehrere hundert Millionen, die aber auch in den Börsen ihrer neuen Besteuer nicht lange sich aufzuhalten. Außer diesen Hauptquellen sportlicher Verschwendungen gibt es aber noch zahllose andere Planter, sein Geld für Luxuszwecke los zu werben, die weiter mit dem Spieltisch, noch mit Brillanten, luxuriösem Leben usw. das Geringste zu thun haben. 4 Millionen Mark fließen allein aus den Taschen der englischen Lachsgäste alljährlich nach Schottland, das für seine Riesenlachse mit Recht berühmt ist. Überhaupt verbindet das sparsame Schottland viel Geld durch die Sport-

Von unserer Seite traten die Kollegen Kloß und Bartel den Ausführungen entgegen. Ersterer wies darauf hin, daß nicht der Offenheitlichkeit das Recht zugesprochen werden dürfe, als ausschlaggebendes Factor in obiger Frage betrachtet zu werden, sondern lediglich die Kollegen der Organisation, d. h. die der "Vereinigung" wären dazu berufen, über diese Frage endgültig zu beschließen. Stedner verbreitete sich dann des Weiteren über das Wesen der Neutralität und die Bedeutung der paritätischen Arbeitsnachweise. Als er dann die Schreibweise ihres Käseblättchens kritiserte, entstand ein solcher Zumb, daß es dem Redner unmöglich war, weiter zu sprechen. Kollege Bartel kritisierte ebenfalls recht zutreffend das ganze Verhalten dieser Herren, welche nicht im entferntesten daran denken, die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen zu verbessern, sondern ihre Organisation dazu benutzen, um ihren eigenen gerngrößeren Gelüsten fröhnen zu können.

Drei weitere Versammlungen waren von denselben Leuten zum 22. d. M. einberufen, gerade zur Zeit, als unsere Generalversammlung tagte. Der Zweck ist ja zu offensichtlich. Das Schreiben an die Generalversammlung von dieser Seite, daß ein Herr Genz Agitationstreisen unternommen wolle, wurde nach Verlehung ad acta gelegt. Die Vorbeeren, die sich der bis jetzt ganz unbekannte Referent holen wird, mag er sich nichtträumen lassen. Trotz ihrer eifreigen Propaganda waren dieselben so schwach besucht, daß man in einer derselben erst gar nicht in die festgesetzte Tagessordnung eintrat; die anderen erfreuten sich eines Besuches von 55 bzw. 48 Personen, worin die Kollegen, welche unseren Standpunkt vertreten, mit eingeschlossen sind. Lieber die Ausführungen, welche hier gemacht wurden, erläutert es sich zu schreiben. Es war die alte Ulanet. Die Kollegen Berlins haben durch die geringe Unterstützung ihrer Ulanet über jene Leute gekämpft. Sie haben dadurch ferner dokumentiert, daß sie nicht mehr gewillt sind, ihre Kreisberichterstellungen zu unterstützen. Hoffentlich werden die Kollegen sich auch für die Zukunft für die Ulanet jedes Gewünsch beenden, dann können diese Leute ihre Weisheit vor leeren Tischen und Stühlen predigen.

## Briefkasten.

Danzig, Th. 29. Berichte, die nur örtliche Angelegenheiten betreffen, welche ohne weiteres Interesse sind, müssen zurückgestellt werden. Bei Neugründungen liegt die Sache wesentlich anders. Gruß.

Osnabrück, 28. Daß Du denn noch niemals gelesen hast das Papier nur auf einer Seite beschrieben werde, darf? Wie oft soll dies noch bekannt gemacht werden?

## Vereinstheil.

### Vorstellung des Hauptvorstandes.

Die Filialen werden ersucht, uns umgehend mitzutheilen, wie viel Protokolle sie von der Generalversammlung zu Würzburg wünschen. Das Protokoll bringt den stenographischen Bericht über die Handlungen, sodaß sich die Mitglieder in ausschließlicher Weise informieren können. Jedes einzelne Mitglied ist verpflichtet, ein Protokoll zu kaufen.

Diejenigen Mitglieder, welche diesen Herbst vom Militär entlassen wurden und bis zum 1. Dezember

einer der leitenden Beamten im Reichsamt es innern, daß sie, ohne sich etwas dabei zu tun, ganz instinktiv, von einer ausgeschafften Klasse bewegen, werden es von einer ausgeschafften Klasse, die in keinerlei Beziehung zu ihrem Beruf vertritt, verhindern. Diese ist ja bestimmt für die „über den wirtschaftlichen und politischen Gegnern stehenden“ Regierung, daß ihre Beamten — Ministerialdirektoren, Landräthe, Staatsanwälte und Gendarmen — sich bei jedem Konflikt zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse ganz automatisch, ohne Bedenken und Gewissensbisse, auf die Seite des ersten stellen. Dieser gute Glaube“ der Beamten beweist eben, daß sie sich als Beauftragte des Kapitals fühlen und den Staat für eine Domäne der besitzenden Klassen ansehen.

Der Reichskanzler gab dann noch das Versprechen ab, daß terarische Sachen, wie sie in der Interpellation getabelliert werden, in Zukunft nicht wieder vorkommen sollen. Dieses Besserungs-Gefüll gab er ab im Einverständnis mit dem Herrn Staatssekretär des Innern, dessen hervorragende Arbeitskraft, dessen Geschäftserfahrung, dessen Kenntnisse, dessen Charakter ich gleich hochschätze“. Dieser Ehrenerkla rung des Grafen Posadowsky, die von den Vertretern der bürgerlichen Parteien mit lauter Beifall begleitet wurde, war der Balkan auf die Wunden, welch der Staatssekretär des Innern, der als reumüthiger Sünder basch, bei der Broßlausenmarkt-Affäre so reichlich davon getragen hat. Ob es ihm gerade angenehm gewesen sein mag, die Rolle eines stummen Zuhörers zu spielen, während die sozialdemokratischen Redner sein geliebtes Reichsamt des Innern zerzausten, wollen wir dahingestellt lassen; er hatte aber strengen Befehl, diese Rolle bis zu Ende zu spielen, denn als am Schlus der Debatte der laut Ruf erforderte: "Wo bleibt Graf Posadowsky?" und darauf die ebenso laute Antwort erfolgte: "Er schreibt!" da erbrachte das Haus von einem donnerähnlichen Gelächter. Der Held des Tages, der sich nicht vertheidigen durfte, schlich wie ein begossener蒲del heimwärts — das ist die rächtende Gerechtigkeit, welche von den Krommen auch wohl "Linger Gottes" genannt wird. Wenn wir außerdem noch hervorheben, daß der Reichskanzler erklärte, er werde die Wiederholung solcher Manöver, wie die Broßlausenmarkt-Affäre, verhindern, um „den Herren Sozialdemokraten nie wieder ähnlichen Agitationsstoff zuzuführen“, so werden unsere Leser wissen, was sie von der Verurtheilung der erwähnten Rettelei durch den Grafen Bölow zu halten haben und weshalb die Veröffentlichung des Bösch'schen Briefes in Regierungstreissen so unangenehm berichtet hat.

Aus dem Verlauf der Debatte wollen wir das Wichtigste zusammenfassen. Als erster Stedner erhielt zur Begründung der Interpellation der sozialdemokratische Abgeordnete Auer das Lohntarif der kobriniten Vorstände Berlins und Angerheusenreut, welcher am 18. September die Zustimmung der Sammelten fand, wieder aufzunehmen und aufs Neue fortzusetzen. Seiner Meinung nach müßte er sicherer Weise behandeln, er den zur Debatte stehenden Gegenstand die Zustimmung ablehnen, mit den Organisationen stand und wies nach, daß die berüchtigten 12 000 M. nichts Herren gerieten, sich auch als Organisation zu verhinderndes seien, als ein Dingfeld für Handlanger zu eintreten, die den großen Industriellen Schatzwerken. Solche sollten dann bestimmten, welchen Partien der Reichstag als den „markantesten“ anerkennen. Eine diesbezügliche Resolution empfahl er zur Annahme.

15 M., zur Männerberichtung ist eine eigene billigeres Ausgabe verantwortet.

Wer kennt ihn nicht, den „Illustrirten deutschen Maler-Kalender“, welcher alljährlich im schlichten grauen Gewande in Tausenden von Exemplaren seinen Eingang in unsern Kollegenkreis hält? Seit 10 Jahren ist dieser Kalender diesen Kollegen im praktischen Leben ein unentbehrlicher Ratgeber geworden und durch seine Vielseitigkeit in den tausendfachen Vorkommnissen unseres Berufes ein anerkannt willkommenes Werk. Auch der neue Jahrgang 1901 wird sich, wie wir aus dem reichen Inhalt erschließen können, einer freundlichen Aufnahme bei unseren Kollegen erfreuen.

### Adressen-Verzeichniss.

Hauptvorstand: Vorsitzender: A. Tobler, Kästnerstr. H. Wankler, Bureau; Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckstr. 17.  
Obmann des Ausschusses: Fr. Hues, Stuttgart-Heslach, Schreiberstr. 26 III.  
Obmann der Presskommission: R. Gehrert, Hamburg-Hohenfelde, Wandabecke Str. 46 a.

### Bevollmächtigte resp. Vertrauensmänner:

Aachen. L. Mohnen, Achtermar. 8.  
Altenburg I. S. A. I. B. Heinke, Kesselskasse 11.  
Altona. Fr. Warneke, Norderstr. 35.  
Apolda. G. Pöhlund, Göthestrasse 75.  
Arnstadt. Emil Neuberg, Karl Marienstrasse 27.  
Aschersleben. E. Schippe, Hofmarkt 6.  
Augsburg. K. Ammann, Lindenstr. 16 1/2.  
Bamberg. F. Kraus, Untere Sand 14.  
Barmer. W. Bödewitz, Krautstr. 18.  
Bautzen. Arthur Keller, Wilhelmsstr. 11.  
Bergedorf. Robert Hahn, Sande, Schulstrasse 20, 1.  
Berlin I. Joh. Plum, Nostitzstr. 46.  
Berlin II. (Lackirer). B. Schmid, Danzigerstr. 68.  
Bernburg. K. Kruse, Schulstr. 4.  
Bielefeld a. Rh. L. Müller, Kirchgasse 19.  
Bielefeld. J. Mundel, Johannesstr. 15.  
Bielefeld b. Wiesbaden. Fritz Schreiber.  
Bielefeld b. Wiesbaden. W. Füll.  
Bochum. Jakob Bauer, Marktstrasse 21.  
Brandenburg a. H. Hermann Putze, Grahenstr. 9, III, II.  
Braunschweig I. Chr. Achtermar. Bindestr. 11 II.  
Braunschweig II (Lackirer). F. Apitz, Höfenstr. 5.  
Bremen. Fr. Kaus, Süderstr. 810.  
Bremerhaven. K. Kessler, Gostenhain, Bükenstr. 10 a II.  
Breslau. O. Albrecht, Leuthenstr. 3, Hh. I.  
Bromberg. I. Palm, Schwedenhöhe Adlerstr. 20.  
Cannstatt. O. Born, Lindenstr. 86 I.  
Cassel. Fr. Reuter, Wolfsgasse 23.  
Charlottenburg. O. Flemming, Schleiferstr. 71.  
Chemnitz. R. Uhlig, Melanchonstr. 19 IV.  
Coburg. C. Meyer, Kanonenweg 10.  
Coburg. Friedrich Jagusch, Perzhausenstr. 3.  
Cöln. Casper Quanz, Sternstrasse 67, III.  
Cottbus. O. Zander, Hubertstr. 6.  
Crefeld. M. Schumann, Schwerstr. 31 bei Baggen.  
Crimmitschau. A. Härtel, Leitelsbach, Oststr. 57 J.  
Cuxhaven. H. Kohl, Westerstrasse 13.  
Danzig. O. Voelkl, Oberstr. d. Motlau 437 b.  
Darmstadt. Georg Simon, Niederramstädtterstrasse 18.  
Delmenhorst. V. Kieselstein, Feldstr. 27.  
Dessau. Gottfried Weigang, Franzstr. 24 d.  
Dettmold. Fr. Droschl, Friedrichstr. 5.  
Dortmund. Leonhard Schmitz, Restauration P. Girard, Düsseldorferstr. 1.  
Düsseldorf. M. Schreiber, Albertstr. 10, II.  
Dortmund. Ernst Matthes, Olpe 414.  
Dötzheim. F. Menges, Schuhstrasse 1.  
Dresden. R. Günther, Schnitterstr. 28 IV.  
Düren. Joh. Kugler, Holz-Oberthor-Promenade 1.  
Düsseldorf. Bernhard Risse, Grafenbergerstrasse 271, II.  
Durlach. O. Wunoh, Auerstr. 18.  
Duisburg. Georg Gerken, Grosser Kalkhof 7.  
Eberswalde. F. Frobenius, Jüdenstr. 6.  
Eversdorf. G. Weizenmüller, Schulstrasse,

büren, bietet doch schon der Name des Herausgebers, Herr L. v. w. Reisberger, Redakteur der „Mappe“ und „Deutschen Malerzeitung“ in München (Verlag O. D. W. Gallwey) für alle im Berufe Thätigen eine Gewähr, daß wir jedem Maler, Anstreicher, Lackierer usw. diesen Kalender empfehlen können. Wir vermeiden unsere Leser auf die Annonce in Nr. 45 u. 46 b. W.-A.

Vor uns liegt die erste Lieferung eines Werkes, welches der Dekorationsmaler und Leiter der bekannten Malschule in Hamburg-Eimsbüttel, Herr Carl Nordmann, im Verlage von Max Spielmeyer-Berlin herausgegeben hat:

Praktische Decken- und Wandmalerei. Das Werk enthält 15 Lichtdrucktafeln in der neuzeitlichen Stilrichtung. Wir müssen gestehen, daß wir das Werk mit voller Bewunderung aus der Hand gelegt haben. Die Durchsicht der einzelnen Tafeln hat uns gezeigt, daß wir es hier mit einem tüchtigen Künstler zu thun haben, der es meisterhaft versteht, das Küstliche und Praktische mit einer stolzen Eleganz zu verbinden, unterstellt von vielseitigen können. Die Originalität der Entwürfe, mit Geschick und Sicherheit komponiert, lassen erkennen, daß der Meister aus der großen Werkstätte der Natur segenreich zu schöpfen weiß. Die prächtigen Vorlagen werben überall Anhang finden.

Eilenburg. Oskar Koch, Breitestr. 7.  
Eisenach. K. Schmidt, Friedhofstr. 2, I.  
Elberfeld. J. Marchand, Kleingutstr. 74.  
Erlangen. G. Deinhart, Engelstr. 15.  
Eschwaga. Christoph Holzapfel in Aue.  
Essen a. d. Ruhr. H. Schulz, Severinstr. 43, III.  
Esslingen. Johannes Riedel, Cyriakusstr. 23, II.  
Fensburg. P. A. Franks, Schlossstr. 21.  
Frankenthal. Joh. Jock, Weisbachgasse 66.  
Freiburg a. M. Julius Metz, Bornsgasse 11.  
Frauenstein. A. Ott, Hintergasse 11.  
Freiberg I. S. Otto Pötschel, Friedeburg, Kasernenstrasse 24 a II.  
Freiburg I. Br. August Weiner, Adlerstr. 4, Eh. III.  
Friedberg (Hessen). Karl Kämmer.  
Friedrichroda. K. Schütz, Neustr. 1.  
Fürth. Balthasar Auer, Weinfeststr. 19, I.  
Gelsenkirchen. Willi. Wotker, Königstr. 10, D.  
Gera. H. Schulze, Lutherstr. 2.  
Giesen. A. Stock, Neuenhause 6.  
Gmünd (Württ.). Adolf Huber, Maler, z. gold. Kanne.  
Goslar. Jos. Lipski, Friedrichstr. 6.  
Göppingen. Heinrich Fischer, Ulrichstr. 9.  
Görlitz. Paul Hirche, Salomonstr. 44.  
Göttingen. Karl Ortigis, Barfüßerstr. 19, Ehns.  
Gotha. R. Stüler, Kindlebestr. 48.  
Gräfenz I. V. A. Kohler, Webergasse 14 I.  
Griffen. C. Roll, Langest. 118.  
Großschnathen. O. Wieschmann, Kleinzennstrasse 40.  
M-Glauchau. W. Blückmann, Wiesenstr. 4.  
Halberstadt. Fritz Braune, Hohenweg 7.  
Halle a. S. Hugo Behme, Wörmlitzerstr. 99.  
Hamburg I. H. Grobleben, Biele-Allianzestr. 6a, I.  
Hamburg II. A. Koppa, Feldstr. 47 IV, b. Danker.  
Hannover. O. Schubert, Knochenhauerstr. 18 III.  
Harburg a. E. H. Winkler, Niemannstr. 28 III.  
Hasselfach. Jos. Borborth, Post. Camberg.  
Hastedt. W. Bück, Nr. 229.  
Heidelberg. E. Walter, Hauptstr. 21.  
Heilbronn. A. Dahlberg, Weinsbergerstr. Bäckerei Bantzhoff.  
Herford. Richard Heller, Henningstr. 81 bei Pieper.  
Horn. Jos. Schuster, Böckumerstr. 14, b. Ww. Bonn.  
Hildesheim. Fritz Kelpé, Langenhangen 49.  
Hirschberg. Gustav Grande, Hellerstr. 22 c.  
Hof. Georg Barth, Klosterstr. 28 I.  
Jena. H. Hart, Oberlanngasse 15.  
Immenau. H. Geler, Schwanitzstr. 3, II.  
Inowrazlaw. Max Klotzbücher, Bahnhofstr. 89.  
Isartoh. Willi. Hedmann, Grüneweg.  
Jügesheim (Hessen). Joseph Standt.  
Kamenz. M. Naumann, „Spittel“ Bautzenerhauszeile.  
Karlsruhe. K. Behring, Wielandstr. 26 II.  
Kaiserslautern. Friedrich Lang, Maler, Ludwigstr. 57, Eh.  
Kolsterbach a. M. Robert Eschke, Rüsselsheimerstr.  
Kiel. H. Kicher, Gerhardtstr. 67, p.  
Konstanz. F. Gatreman, Hillmannstr. 6.  
Kölnberg I. Fr. Th. Holz, Tragböhner-Mühlenstr. 27 I.  
Kreuznach. J. Fendner, Kreuzstr. Tonhalle.  
Landberg a. W. Fritz Iter, Schönhoferstr. 21, II.  
Langen b. Frankfurt a. M. A. Bindewald, Lerchenstrasse 11.  
Liegnitz. Paul Werner, Louisenstr. 18 III.

Linden b. Hannover. Georg Blechner, Wesselstr. 28 I. Schönbeck B. d. E. August Koch, Gr. Salzen, Welsch-

bausstr. 3.

Schwabach. Alexander Mitzschrich, Rathausgasse

Schwäbisch-Hall. Fr. Schleier, Kornmarktstr. 60.

Schwerin I. M. C. Baucker, Hospitalstr. 14.

Tübingen. G. Achter, Stuttgarterstr. 64.

Ulm a. D. (Neu). Fr. Göring, Kasernestr. 48, II.

Wolfsburg. Karl Westphal, Chausseestr. 3.

Wolfsburg. Karl Westphal, Chausseestr. 3.